



Vollgeld-Initianten ignorieren schädliche Folgen für regional ausgerichtete Banken und ihre Kunden

Die Urheber der Vollgeld-Initiative behaupten, der Wirtschaftsstandort und insbesondere der Finanzplatz Schweiz würden von einer Umsetzung ihrer Idee profitieren. Zu dieser Annahme kann nur gelangen, wer die zahlreichen negativen Wirkungen der Vorlage konsequent ausblendet. Auch Kantonal- und Regionalbanken wären von der Initiative stark betroffen.

Eine Umstellung auf Vollgeld würde dem Schweizer Wirtschaftsstandort, insbesondere dem Gewerbe und dem Finanzplatz, schweren Schaden zufügen. Kürzlich versuchten die Befürworter mit einer schweizweiten Informationsoffensive insbesondere Angestellte von Regionalbanken für ihr Anliegen zu gewinnen. Dabei werden Behauptungen aufgestellt, die einer genaueren Überprüfung nicht standhalten.

Raiffeisenbanken, Kantonalbanken und Sparkassen sind ebenfalls stark betroffen

Das Initiativkomitee sieht von einer Umstellung auf Vollgeld vor allem die beiden Grossbanken betroffen, die ihre Kredite und Finanzanlagen zu grossen Teilen neu finanzieren müssten. Für mittlere und kleine Banken habe die Umstellung hingegen kaum Veränderungen zur Folge, behaupten die Initianten. Dies ist falsch und bezweckt, einen Keil zwischen die Banken zu treiben.

Der deutliche Anstieg der Sichtguthaben der letzten Jahre ist Folge der Geldpolitik der Nationalbank und nicht der Gier der Banken, wie dies die Initianten suggerieren. Am Beispiel der Raiffeisenbanken ist dies gut ersichtlich. Die Sichteinlagen im Schweizer Bankensektor sind seit der Finanzkrise sehr stark angestiegen, zuletzt vor allem auch bei den Raiffeisenbanken. Der Zuwachs beruht aber nicht vornehmlich auf der Ausweitung des Kreditgeschäfts, sondern vor allem auf der Liquiditätsflut durch die Nationalbank. Die massiven Devisenmarktinterventionen haben die Franken-Liquidität und somit auch die Sichteinlagen bei Banken nach oben getrieben. Vor der Finanzkrise lag das Verhältnis der Kundeneinlagen auf Sicht zu den Hypothekarforderungen bei den Raiffeisenbanken im Zeitraum von 2000 bis 2007 bei durchschnittlich 6 Prozent. Bis 2016 stieg das Verhältnis der Kundeneinlagen auf Sicht aber bis auf 28 Prozent. Das Volumen der Sichteinlagen von Kunden bei den Raiffeisenbanken beträgt aktuell rund 50 Milliarden Franken.

«Sichteinlagen sind eine zentrale Finanzierungsquelle bei den Raiffeisenbanken und ihr Volumen ist beträchtlich. Eine Systemumstellung brächte den Banken Nachteile bei der Refinanzierung. Damit wären auch höhere Kosten für die Kundinnen und Kunden verbunden.»

Alexander Koch, Leiter Immobilien- & Makro-Research, Raiffeisen Schweiz

In einem Vollgeld-System müssten alle Geschäftsbanken auf Sichteinlagen verzichten, diese teuer ersetzen und ihre Prozesse anpassen. Gerade kleinere und mittlere Banken trifft dies besonders hart, da das Zinsgeschäft besonders wichtig ist. Die Vorgabe, dass künftig alle Kredite hundertprozentig durch bestehendes Geld finanziert werden müssen, schränkt sie in diesem Kerngeschäft stark ein. Eine Refinanzierung auf den Geldmärkten ist für diese Banken schwierig.

Vollgeld bringt keine Deregulierung des Finanzsektors

Die Befürworter sehen mit Vollgeld für den Finanzplatz nur Vorteile. Das vollumfänglich von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) garantierte Geld sollte für eine neue Stabilität, die einen weitgehenden Abbau der Finanzmarktregulierung ermögliche und den Banken somit neue Geschäftsmöglichkeiten eröffne. Das ist Augenwischerei. Die Finanzmarktregulierung ist heute weitgehend international abgestimmt und die Schweiz ist in diese Regelwerke eingebunden. Diese fortan zu ignorieren würde die Schweiz teuer zu stehen kommen, da mit internationalen Retorsionsmassnahmen gerechnet werden muss.

Kredite und Kontenführung werden wesentlich teurer

Dass sich für Kreditnehmer und Kontoinhaber unter einem Vollgeldregime nichts ändern würde, ist schlicht falsch. Die Banken werden verpflichtet, Vollgeldkonten ausserhalb der Bilanz zu führen und dieses Geld nicht anzutasten. Sie können es also nicht investieren und so auch keinen Zins für ihre Kontoinhaber erwirtschaften, wenn sich das derzeit vorherrschende Nullzins-Umfeld mittel- bis langfristig wieder normalisiert. Mehr noch: Die Finanzinstitute müssten sämtliche Kosten für Kontoverwaltung und Zahlungsverkehr vollumfänglich auf ihre Kunden abwälzen, beispielsweise durch Gebühren. Die Vollgeldanlage wird für die Kunden somit zum Verlustgeschäft und äusserst unattraktiv. Dies ist auch der Grund, weshalb Banken keine solchen Produkte anbieten, obwohl das bereits heute sehr wohl möglich wäre.

Vergleichbare Effekte stellen sich bei der Kreditvergabe ein. Können die Banken kein Buchgeld mehr schaffen, steigt der Aufwand für die Vorfinanzierung deutlich an. Es kommt nicht nur zu zeitlichen Verzögerungen, sondern auch zu spürbar höheren Kosten für die Kreditnehmer. Davon ist insbesondere das Gewerbe betroffen.

Vollgeld hätte die Finanzkrise nicht verhindern können

Das Initiativkomitee verspricht sich mit einem Vollgeldsystem, dass der Interbankenmarkt deutlich an Bedeutung einbüßen würde. Eine Finanzkrise wie 2008/2009, die durch einen blockierten Interbankenmarkt geprägt war, sei damit ausgeschlossen – denn für ihre Retailgeschäfte würden sich die Banken fortan hauptsächlich Geld bei der Nationalbank leihen. In Wahrheit bleibt der Interbankenmarkt auch mit Vollgeld wichtig, weil das Bankengeschäft längst nicht nur aus Retail besteht und grenzüberschreitend funktioniert. Aus diesem Grund hätte ein Vollgeldsystem in der Schweiz auch niemals verhindern können, dass hiesige Unternehmen von der weltweiten Krise getroffen wurden. Ebenfalls wird die «too big to fail»-Problematik durch Vollgeld nicht gelöst, denn Bankenkollapse geschehen durch falsche Investitionsentscheidungen oder Risikoeinschätzungen. Die in den letzten Jahren stark verschärfte Bankenregulierung ist deutlich besser geeignet als das Vollgeld-Experiment.

Die Unabhängigkeit der Nationalbank ist akut gefährdet

Auf den ersten Blick scheint die Initiative die Position der SNB zu stärken, da diese fortan die gesamte Geldmenge direkt kontrollieren kann. Die Auflage, neues Geld schuldfrei in Umlauf zu bringen und zu diesem Zweck an Bund, Kantone und Privathaushalte zu verschenken, setzt die

Nationalbank jedoch einem riesigen politischen Druck aus. Die Befürworter stellen mitunter Steuersenkungen auf Basis dieser Geldausschüttungen in Aussicht. Eine solche Politik ist fahrlässig, denn bei einem Ausbleiben der Ausschüttung müssten die Steuern unmittelbar wieder erhöht werden. Es lässt sich leicht ausmalen, wie gross der Druck auf die SNB dann würde. Eine konsequent unabhängige Geldpolitik, die sich am primären Ziel der Preisstabilität orientiert, wäre unter solchen Bedingungen nicht mehr möglich. Es kann deshalb nicht überraschen, dass sich die SNB bereits deutlich gegen die Initiative ausgesprochen hat.

«Die Unabhängigkeit der SNB würde untergraben, wenn wir neues Geld direkt an den Staat oder die Haushalte verteilen müssten. Dadurch würde die Nationalbank zum Spielball politischer Interessen, und die Erfüllung unseres Mandats würde erschwert.»

Thomas Jordan, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank

Zusammenfassend bedeutet eine Umstellung auf Vollgeld: viel Risiko bei sehr unsicheren Aussichten auf irgendwelche Vorteile. Aus dem ausserordentlich stabilen und erfolgreichen Schweizer System darf kein international einmaliges Experimentierfeld werden. Im Interesse des Wirtschaftsstandorts, der Schweizer Unternehmen und aller Bankkundinnen und -kunden verdient diese Vorlage deshalb ein klares Nein.

Auskünfte:

Rudolf Minsch, economiesuisse:
rudolf.minsch@economiesuisse.ch, Tel. 044 421 35 35

Martin Hess, Swissbanking:
martin.hess@sba.ch, Tel. 061 295 92 50